

# Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes  
und des Berufsverbandes christlicher Futurbeiter.

Nr. 7

Erscheint alle 14 Tage. Zu beziehen  
durch die Geschäftsstelle. Preis 1.— RT  
für das Vierteljahr.

Köln, den 27. März 1926.

Geschäftsstelle Demerwall 9. Fernruf West 57259

Redaktionschluss Montags vor dem  
Erscheinungstage. Inseratenannahme  
durch die Geschäftsstelle. Preise nach  
Vereinbarung.

23. Jahrg.

## 20 Millionen Menschen zuviel?

Unter diesem Titel veröffentlicht Hermann Ruff im Februarheft der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ einen Artikel, der sich mit wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart beschäftigt und sehr beachtliche Gedanken enthält.

Es werde — so schreibt der Verfasser einleitend — heute vielfach davon gesprochen, daß wir in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel haben. Eigentümlicherweise stehen die Leute, die so reden, auf dem Standpunkt, daß ausgerechnet jene 20 Millionen zuviel da sind, die heute in Deutschland arbeiten, von deren Arbeit die anderen 40 Millionen zu einem nicht unbedeutlichen Teile als Rentner leben. Verfasser rechnet zu diesen „Rentnern“ alle jene, die an irgend einer Stelle in der Wirtschaft oder in der Verwaltung des Staates, der Gemeinden usw. stehen, ohne die Erlöse der Arbeit in der Wirtschaft oder in der Verwaltung zu vermehren, die also hier zuviel sind. Es könne doch wohl nur so sein, daß, wenn schon Menschen zuviel da sind, diese in den ersten 40 Millionen Recken. Verfasser versucht dann nachzuweisen, daß die Zu-Weilen nur deshalb zuviel sind, weil ihre Arbeit unwirtschaftlich ist, oder weil sie nicht arbeiten. Es sei durchaus möglich, die wirtschaftlichen Mittel für alle bereitzustellen.

Um jedoch diese Möglichkeit zu schaffen, ist notwendig, daß alle vorhandene Arbeitskraft in bestmöglicher Weise für die Produktion nutzbar gemacht wird. Das ist bisher nicht der Fall. In welchem Umfange ist die deutsche Wirtschaft rückständig in bezug auf die maschinellen Betriebseinrichtungen, wie der technischen und persönlichen Betriebsorganisation. Menschliche Arbeitskraft ist nicht genügend durch mechanische ersetzt; die Maschinen sind zum beträchtlichen Teile veraltet. Die Zusammenarbeit im Betriebe ist nicht genau genug geregelt, das Prinzip der Arbeitsteilung nicht streng genug durchgeführt; infolgedessen wird eine gewisse höchste Intensität der Arbeit selten erreicht und jedenfalls nicht durch den als organische Lebensfähigkeit des Betriebes erfassten Produktionsprozeß selbst erzwingen und kontrolliert. Es fehlt auf Arbeitgeberseite an Verständnis dafür, wie aus einem wirtschaftlichen Betriebe ein lebendiger Organismus zu machen ist, in welchen sich alle einzelnen wie Zellen einordnen. Daraus ist auch erklärlich, daß auf Arbeiterseite vielfach eine gewisse Anlust zur Arbeit vorhanden ist, ein Wille zur Arbeitsverflechtung, die sich auch in einer gewissen Unpersönlichkeit, welche der deutschen Arbeit

eigen ist, ausdrückt. Intensive Arbeit, selbst der mechanischen Art, macht, sobald nur eine die ganze Persönlichkeit in Anspruch nehmende Intensität oder Lebensverdichtung erreicht ist, Freude. In anderen Ländern, z. B. Amerika, ist man in bezug auf die rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft viel weiter als bei uns. Bessere Organisation der Betriebe kann auch bei uns eine weit stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft erreicht werden, ohne daß hierdurch eine größere körperliche Anstrengung der Arbeiter verbunden sein braucht.

Die mangelhafte Organisierung der Betriebe und damit die schlechte Ausnutzung der Arbeitskräfte in der Produktion hat zur Folge, daß auch die Produktionskräfte unseres Kapitals (Kapital im Sinne von Tauschwertgütern, insbesondere Produktionsmitteln) nicht voll ausgenutzt werden und daher geht ein technischer Kapitalzerstörungsprozeß in Deutschland vor sich. Derselbe wird von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, weil er nicht verstanden wird. Er ist aber da und äußert sich in den Kapitalabschreibungen und den vielfach schlechten Geschäftsergebnissen der großen Unternehmungen.

Zur Konsumseite des Problems stellt Ruff fest, daß die Arbeiterschaft heute sehr wenig kaufkräftig ist. Die Preise für die lebenswichtigen und lebensnützlichen Güter sind, gemessen an den Arbeiterlöhnen, viel zu hoch. Dabei verkennt der Verfasser nicht, daß trotz dieser Notlage der deutsche Arbeiter noch erhebliche Summen Geldes für überflüssige und schädliche Dinge ausgibt. Man braucht das nicht zu entschuldigen, kann es aber, wenn man in die Seele des Arbeiters hineinschaut, verstehen. Der Arbeiter wünscht, wenn auch nur auf Augenblicke, die Hoffnungslosigkeit, die Ausichtslosigkeit seines Daseins zu vergessen. Er ruiniert damit sich selbst, er schädigt seine Arbeitskraft, er beeinträchtigt seinen eigenen Arbeitswert und macht selber seine Lage noch hoffnungsloser. Der deutsche Arbeiter vergißt auch gern, wieviel er sich denn doch in jahrzehntelangen Kämpfen durch seine Organisation in Verbesserung seiner Stellung erkämpft hat. Er hätte alle Ursache, darauf stolz zu sein. Es ist dies nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht. Er soll ja daraus den Mut entnehmen, auf dem erprobten Wege gewerkschaftlicher Organisation weiter zu gehen.

Der Uebelstand, daß auch der Arbeiter z. T. seine Konsumkraft nicht richtig verwendet, kann nur durch persönliche Disziplin bei jedem einzelnen behoben werden. Disziplin des Konsums ist die Grundlage jedes wirtschaftlichen und kulturellen

Aufstieges der Arbeiterklasse. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß höherer Konsum den höheren Konsum erzeugt. (Unter „höherem“ Konsum ist der Konsum zu verstehen, der sowohl für den einzelnen als auch für die Gesamtheit des Volkes lebenswichtig und lebensnützlich ist, im Gegensatz zum überflüssigen und schädlichen.) Wer in guten Verhältnissen lebt, gute Wohnung hat, über ein ausreichendes Einkommen verfügen kann usw., ist in starkem Maße davor geschützt, sich auf den niederen Konsum (überflüssige und schädliche Dinge) zu werfen. Das tägliche Leben lehrt es. Leider kennen wir in Deutschland den Konsum zu wenig, der die Basis für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit abgibt. Hier muß von unseren Volkswirtschaftlern noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Unsere Industrie braucht den höheren Konsum, um den inneren Markt zu festigen.

Wir haben weder Menschen zu viel, jedoch wir sie nicht ernähren könnten, noch Menschen zu viel in dem Sinne, daß wir keine Arbeit für sie hätten. Der Fehler, aus der die Wirtschaftskrisen entstehen, liegt in der Organisation des Wirtschaftssystems. Besserung muß von beiden Seiten kommen. Konsumdisziplin auf Seiten der Lohn- und Gehaltsempfänger, weiter Blick und überlegene Organisation des Wirtschaftslebens in bezug auf die Produktion lebenswichtiger und lebensnützlicher Güter auf Seiten der Unternehmer sind die Mittel, die eine Besserung bringen können.

Ruff erörtert diese Gedanken im einzelnen. Dabei widerlegt er auch den Einwand der Unternehmer, daß die Kapitalknappheit an den gegenwärtigen Zuständen schuld sei. Es ist für die zunächstliegenden Aufgaben recht wenig Kapital notwendig, wohl aber hohe Eigenschaften des Geistes, wie des Charakters, organisatorische Fähigkeit, scharfes Rechnen und kluge Menschenkenntnis. Es ist auch sehr wohl mit einer achtstündigen täglichen Arbeitszeit auszukommen, wenn eine richtige Arbeitsintensivierung eintritt. Die drei- bis vierfach höheren Löhne in Amerika sind ferner Beweis dafür, daß es bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in der Weltwirtschaft nicht notwendig ist, die Löhne auf dem gegenwärtigen niederen Stand zu halten.

An Hand der Verhältnisse in der Landwirtschaft weist der Verfasser nach, was aus der Wirtschaft bei richtiger Organisierung herausgeholt werden kann. Die Landwirtschaft hat die Produktivität des Bodens in den letzten Jahrhunderten, insbesondere aber in den letzten Jahrzehnten, um ein Vielfaches gesteigert.

Es war möglich infolge rationeller Bewirtschaftung, künstlicher Düngung, Edelzüchtung von Pflanzen und Tieren. Dazu kommt die bessere Aufbewahrung der Produkte. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Landesstellen mit Hilfe der entwickelten Verkehrsmittel hat weiterhin die praktische Verwertbarkeit der Produktion sehr stark gesteigert. Die Landwirtschaft wird in absehbarer Zeit in der Lage sein, nicht nur 60 Millionen, sondern weit mehr Menschen mit landwirtschaftlichen Produkten voll zu versorgen, abgesehen von einigen wenigen Produkten seltlicher Zonen, die wir nicht selbst erzeugen können. In der Industrie lassen sich bei richtiger Organisation der Produktion ähnliche Ergebnisse erzielen.

Wo sind also die 20 Millionen, die angeblich zu viel da sind? Wir könnten nicht 20 Millionen, wir könnten 40 Millionen dieser angeblich Zu-Vielen haben, wenn nur ihre Arbeitskraft wirklich ausgenützt würde; besserer Platz, schönerer Platz wäre dann für diese 40 Millionen, als heute für unsere 20 Millionen, in ihrer Arbeitskraft schlecht ausgenützt und entsprechend schlecht bezahlt, in ihrer Konsumkraft durch Schichten geringerer Produktivität ausgebeuteter Menschen.

Die Frage des gegenwärtigen Glücks — so sagt Lauff zum Schluß — reduziert sich nicht auf ein Naturgesetz des Schicksals, dem gegenüber nichts zu machen ist, sondern es handelt sich wieder um weniger, noch um mehr, denn um eine Frage des Geldes und der Organisation unserer gesamten Volkswirtschaft in Produktion und Konsum.

## Wirtschaftsentwicklung und Lohnarbeiterstand.

II.

Der Handwerksmeister im Mittelalter — so führten wir schon im ersten Teil dieses Aufsatzes aus — arbeitete direkt für den Kunden oder doch nur für den engen Bezirk der Stadtwirtschaft. Die Städte waren wirtschaftlich für sich ziemlich reflexlos abgeschlossen. In das Stadtgebiet durften nur solche Waren eingeführt werden, die in demselben nicht hergestellt wurden. Im großen und ganzen waren dies landwirtschaftliche Produkte und Kolonialwaren. Letztere wurden größtenteils aus Indien bezogen. Als die Städte größer wurden, trat auch ein Austausch der einheimischen Produkte mit denen anderer Städte und naheliegender Länder, insbesondere mit England und Rußland ein. Immerhin spielte auch dann noch der Außenhandel mit gewerblichen Produkten nur eine untergeordnete Rolle. Doch die Sache änderte sich mit der Entdeckung Amerikas und der Erschließung des Seeweges nach der „neuen“ Welt.

Die Entdeckung Amerikas hatte zur Folge, daß nicht nur der Handel, der sich früher zwischen Produzenten und Konsumenten abgewickelt hatte, in einen Freihandel umgestaltet wurde, sondern daß auch die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse sich von Grund auf änderten. Neu aufkommende Industrien rissen einen Zweig des Handwerks nach dem anderen an sich. Das Handwerk war der Kapitalmacht, die sich in diesen Industrien verkörperte, nicht mehr gewachsen. Darum der Niedergang, den künstliche Mittel, wie oben dargelegt, vielleicht für einige Zeit, aber nicht auf die Dauer aufhalten konnten.

Für Deutschland brachte die Entdeckung Amerikas zunächst nur Nachteile. Es mußte nun seinen früheren Vorrang im Handel abtreten an die Rüststaaten, insbesondere an England und Frankreich. Deshalb vollzog sich auch die Entwicklung des Handwerks zur Industrie in ihren einzelnen Basen in diesen

Rüstländern schneller als in Deutschland. Die in Deutschland aufkommende Industrie konnte sich bereits stützen auf Erfahrungen, die in den anderen Ländern diesbezüglich gesammelt waren und darum, als sie einmal da war, um so schneller hochkommen. Die weitere Entwicklung interessiert auch in ihren Einzelheiten, jedoch darauf noch näher eingegangen werden muß.

Die Entdeckung Amerikas hatte zunächst für Europa wirtschaftliche Folgen insofern, als in den dortigen Kolonien ein Bezugsland für Rohstoffe aller Art gefunden war. Andererseits wurde aber auch Amerika selbst und seine Kolonien ein Abgabebiet für gewerbliche Produkte der europäischen Wirtschaft. Sodann hatte der Verkehr mit den Kolonien auch politische Wirkungen im Gefolge. Wie wir schon gesehen haben, machte sich bei den Fürsten des 16. Jahrhunderts das Bestreben bemerkbar, ihre politische Macht zu erweitern. Diese Bestrebungen bekamen durch die Beziehung zu Amerika einen starken Antrieb. Es wurden nunmehr große wirtschaftliche Aufgaben an die Regierungen gestellt, die durch die bisherigen kleinen Gemeinwesen bzw. Herrschaftsgebiete nicht erfüllt werden konnten. Diese Aufgaben bezogen sich u. a. auch auf die Erwerbung von Kolonien.

So war es naturgemäß, daß allmählich größere politische Organisationen, die mehrere Städtewirtschaften umfaßten, gebildet wurden, daneben aber auch größere wirtschaftliche Gemeinwesen. Die einzelnen Teile der Volksgebiete wurden in gegenseitigen Handelsverkehr gebracht. So entwickelte sich aus der Städtewirtschaft allmählich eine die einzelnen Länder umfassende Volkswirtschaft. Der Verkehr des Handwerkers mit den Kunden hörte in manchen Gewerbebezügen ganz auf; in anderen war er fast eingeschränkt. Der Handwerker konnte seinen Handel mit denjenigen, die seine Produkte verbrauchten — ob dieselben nun im eigenen oder einem fremden Lande wohnten — nicht mehr betreiben. Auch konnte er die Rohprodukte, die er brauchte, nicht mehr selbst aus weit entfernt liegenden Gebieten des eigenen Landes oder aus dem Auslande herbeiholen, sondern der Handel mußte vom Handwerk zum größten Teile losgelöst werden. Der Handel wurde zu einem selbständigen Unternehmen. Zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten trat der Kaufmann.

Die Entwicklung der Verhältnisse hatte also den selbständigen Handel geschaffen. Je mehr diese Entwicklung fortschritt, um so mehr profitierte er davon. Durch die Hände der Handelsleute flossen große Kapitalien. Ihre Gewinne benutzten sie dazu, das Gewerbe mehr und mehr an sich zu reißen. Die Kaufleute gingen dazu über, Rohmaterialien in großen Mengen aufzukaufen. Diese stellten sie den Handwerkern zur Verfügung und später auch die benötigten Werkzeuge. Die Handwerker stellten die Produkte in eigenen Werkstätten her und gaben sie dem Kaufmann zum Verkauf auf Lager. Man nannte dies System Verlagsystem. Es dauerte aber nicht mehr lange, bis auch die Kaufleute dazu übergingen, eigene große Arbeitsräume zu errichten, in denen sie Handwerker gegen Lohn beschäftigten. Dadurch hatten sie auch die technische Leitung in der Produktion in die Hand bekommen.

Anfänglich arbeiteten die Handwerker in den großen Arbeitsräumen des Kaufmannes selbständig nebeneinander. Man konnte also noch von Handwerkern reden. Doch auch das dauerte nicht lange. Nach und nach ging man dazu über, den Einzelnen nur noch einen Teil des Produktes herstellen zu lassen. Das war insofern von Vorteil, als der Einzelne sich auf das einzelne Teil besser einarbeiten konnte. Lange Zeit war dazu nicht erforderlich. Man konnte schließlich jeden Arbeiter in das Gewerbe aufnehmen. Auch erzielte man durch die Teilarbeit eine bedeutend schnellere Herstellung des ganzen Produktes. Die Arbeitsteilung förderte auch das Bestreben, einzelne Arbeiten durch die Maschine herzustellen. Auf allen Gebieten wurden Erfindungen gemacht, die es ermöglichten, die menschliche Arbeitskraft zum Teil durch die Maschine zu ersetzen.

Das trat insbesondere auf mehr gleichförmige Arbeitsverrichtungen zu. Die Maschinen mußten anfänglich mit der Hand bewegt werden. Doch bald fand man auch andere Antriebskräfte — Wind, Wasser, später Dampfkraft, Elektrizität usw.

Verlangen nun schon die Errichtung großer Arbeitsräume und die Einstellung von Maschinen größere Kapitalansammlungen, so noch mehr die Produktion für einen weit ausgedehnten Markt — Inlandsmarkt und Weltmarkt. In unserer neueren Volkswirtschaft vollzieht sich z. B. der Handel nicht zwischen Produzent und Konsument, auch nicht auf Kleinmärkten, sondern auf großen Märkten und an Börsen. Dabei handelt es sich nicht mehr um einzelne Stücke, kleine Mengen Waren, sondern es werden Abchlüsse gemacht in großen Quantitäten. Ein solcher Massenumsatz verlangt auch Massenproduktion und eine Massenproduktion wiederum Ansammlung größerer Kapitalien.

Nun hatte schon der Handel mit Kolonialwaren das Leihkapital entwickelt. Später, wo sich der Handel aller Produkte bemächtigte, kam das Leihkapital noch mehr zur Geltung. Um sich schließlich größere Kapitalien für die Produktion zu sichern, nahm man solche auf, nicht mehr in jedem Falle, wie früher gegen Zins, sondern meist gegen Gewinnanteil bei der Produktion. So bildeten sich allmählich die verschiedenen Erwerbsgesellschaften, Aktiengesellschaften usw.

Wir sehen so, daß der Handel im Wirtschaftsleben kolossale Umwälzungen hervorgerufen hat. Er hat die Städtewirtschaft umgewandelt in eine Volkswirtschaft. Das frühere Handwerk wurde zum größten Teil von der Industrie aufgelöst. Der frühere selbständige Handwerker wurde zu einem Lohnarbeiters herabgedrückt. Untere Produktion, die früher nur auf den Verbrauch eingestellt war, d. h. nur soviel herstellte, als in den Wirtschaftskreislauf gebraucht wurde, wurde in eine kapitalistische umgewandelt. Man gibt sich nicht mehr zufrieden mit einem Gewinn, der einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglicht, sondern ist darauf bedacht, immer größere Reichthümer zu erwerben. Nicht mehr die persönliche Arbeit spielt im Wirtschaftsleben die größte Rolle, sondern mehr noch das Kapital, das in die Wirtschaft hineingefördert wird. In der Produktion vergißt man nur zu gern, daß nicht nur das Kapital in der Wirtschaft von Bedeutung ist, sondern auch der Mensch, der Arbeiter, der durch seine Arbeit dauernd neue Werte schafft. Zugabe sei, daß mit dieser Entwicklung der Dinge für die Gesellschaft — allgemein betrachtet — große Vorteile verbunden waren. Zu betonen ist, daß die Vorteile sich nicht auf alle Gesellschaftsklassen nach den Grundätzen der Gerechtigkeit verteilen. Eine solche gerechte Verteilung der Gewinne aus der Wirtschaft herbeizuführen, kann und muß das Bestreben einer vernünftigen Sozialreform sein. In einem weiteren Artikel soll darüber mehr gesagt werden.

## Die „Wirtschaft“ fordert!

Freien Industrielle, Bankleute, Gewerbetreibende, Vertreter des Handels usw. zu einer Tagung zusammen, so darf man bombastischer mit einer Kundgebung der „Wirtschaft“ rechnen. Die 70 Prozent der Schaffenden — Lohn- und Gehaltsempfänger — rechnen für diese Kreise nicht zur Wirtschaft. Nur sie allein verkörpern die Wirtschaft. Darin liegt eine Annäherung und Ueberhebung ohne Gleichen. Denn darüber ist noch nicht entschieden, ob die 30 oder die 70 Prozent der Schaffenden der wichtigste Teil der Wirtschaftenden ist. Zu bedauern ist allerdings, daß selbst angesehenen und große Tageszeitungen auf den Schwindel der oben genannten Kreise hereinfallen und auch ihrerseits von Kundgebungen der Wirtschaft reden.

Am 16. März hatte sich die „Wirtschaft“ wieder einmal in Eisen zu einer großen Tagung versammelt. 3000 Vertreter sollen an-

wesend gewesen sein. Sie forderten von der Arbeiterschaft und überhaupt von den großen Massen des Volkes — so lesen wir in der „Kölnischen Volkszeitung“ — eine „andere innere Einstellung zur Wirtschaft. Die genannte Zeitung bescheinigt jedoch gleich einlang ihres Berichts den Herrschaften, daß der Verlauf der Versammlung nichts weniger als auf eine psychologische Wirkung bei den breiten Volksschichten eingestuft war. Was fordert die „Wirtschaft“?

„Frei von allem Zwang und Laxheit!“ Das war der Leitgedanke des ersten Vortrages. Die Wirtschaftsführer sollen mehr in die Parlamente hineingehen, damit sie nicht länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftsführern regiert werden. Ein zweiter Redner erhob den Wirtschaftsführern von der neuen Arbeiterschaft, aber er will sie nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen, sondern in den Betrieben aufbauen. Die Aufgaben der Arbeiterorganisationen müssen fest umrissen werden, sie dürfen sich nur auf Gelegenheits- und Mantelarbeiten beziehen. Die Betriebsgemeinschaft müsse die anderer Kräfte — unbeschäftigt — nicht regeln. Dafür bedürft man keine Gewerkschaften. Die Werkführung müsse diese Dinge selbst in die Hand nehmen.

Der Redner wandte sich dann gegen den Wirtschaftskundentag. Hinsichtlich der Lohnpolitik forderte er, daß sich die Organisationen auf die Festlegung eines ortsblichen Lohntages beschränken. Anrebot und Nachfrage müssten den Regulator für den Lohn geben. Da Schlichtungsausschüsse nicht funktionieren, die heutigen Sätze der Erwerbslosenlöhne seien zu hoch. Es müsse den Arbeitern gestattet werden, Arbeit auch unter Tarif anzunehmen.

In einer Entschiedenheit wurde u. a. gefordert: „Sofortige Rückkehr zu einer „wirklich gesunden“ Sozialpolitik. Ausbeutung sozialer Schwachheiten und Förderung des Wohlstandes durch die Betriebsgemeinschaft, Aushebung der bestehenden Demobilisierungsvorschriften und der noch vorhandenen Reste von sozialwirtschaftlicher Gesetzgebung.

Wir leben, die „Wirtschaft“ ist nicht sehr verschieden. Als Gewerkschaftler können wir uns nunmehr entscheiden, was wir tun wollen. Wollen wir den Wünschen der Herren gerecht werden, so brauchen wir nur dafür sorgen, daß das Dreiklassenwahlrecht wieder eingeführt wird, damit keine Gewerkschaftsführer mehr in die Parlamente kommen; das Schlichtungswesen wird beibehalten. Damit es keine Stelle mehr gibt, die eventuell einen Lohn festsetzt, der den Arbeitgebern nicht gerecht ist. Die Festlegung der Löhne verfallen wir der Werkführung im Verein mit den Gelehen. Die Organisationen beschränken sich bei solchen darauf, einen sogenannten „ortsüblichen Lohn“ festzusetzen, und wenn dann einem Arbeitgeber dieser Lohn noch zu hoch ist, so gebe man doch dem Arbeiter das „Recht“, (aus einem Winkel der Wirtschaft) Arbeit auch unter Tarif anzunehmen. So denkt sich diese Sorte Menschen das soziale Leben! Es ist aber auch schlimm, daß die Gewerkschaften, noch immer so sind und den Unternehmern diese wunderbaren Pläne verkünden. Ach, wie herrlich würde es doch sein! Welch ein wunderbares Verabredetes — für die Unternehmer — könnte geschaffen werden, wenn man es doch endlich wagt, die Gewerkschaften das Redenswörtchen abzuhängen!

Arbeiter! Merkt ihr bald, woher der Wind weht? — Erkennt ihr die Gefahren? Wollt ihr länger mit euren Interessen schindeln lassen? Hinein in die Arbeit! Die Gewerkschaftsbewegung! Sie ist das einzige Bollwerk, das dem reaktionären Sturm widerstehen kann.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Inflation der Nachkriegsjahre mußte mit Notwendigkeit die Deflation folgen. Unsere Wirtschaft wurde nach dem Kriege mit Zahlungsmitteln aufgebläht. Die Folge davon war, daß auch die Produktionsmittel sich in einer Welle vermehrten, daß die Wirtschaft nicht dauernd Verwendung dafür finden konnte. Die Unternehmungen wählten berart an, daß eine Reaktion vorzuziehen war. Die Deflation, in der die Wirtschaft gegenwärtig steht, ist für das Volk schmerzhaft. Sie hat eine Wirtschaftskrise hervorgerufen, wie wir sie noch kaum erlebten. Diese Krise konnte nicht ausbleiben, war auch notwendig, wenn die Wirtschaft wieder gesund sein sollte.

Die Zahl der Betriebe in Produktion und Handel war in den Nachkriegsjahren über das Ertragsliche hinaus gestiegen. Vor dem Kriege hatten wir 5486 Aktiengesellschaften, dem Ende 1924 17 074 Gesellschaften. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben sich im gleichen Zeitraum von 26 790 auf 79 257 vermehrt. Wir leben da die sogenannte „Glutzeit in die Sachwerte“. Jeder, der sich einen Betrieb oder ein Handelsgeschäft zulegte, glaubte damit „in alle Zukunft geborgen zu sein. Der Handel z. B. hat sich in manchen Orten — soweit die Zahl der Unternehmungen in Frage kommt — um das drei- und mehrfache vermehrt, obgleich der Umsatz an Waren sich gegenüber 1913 kaum vermehrt hat. In Berlin stieg die Zahl der Handelsunternehmungen in 3 Jahren — 1921 bis 1924 — um nicht weniger als um 12 700. Das Schlimme hierbei war, daß trotz der ungeheuer gestiegenen Zahl der Handelsunternehmungen kaum eine spürbare Konkurrenz aufkam. Die Ursachen hierfür lagen zumal in der gewaltigen Vermehrung des Gesamtumsatzes und zum anderen in den überhand nehmenden Preisbindungen.

Im Jahre 1905 zählte die deutsche Wirtschaft erst 600 Kartelle, davon etwa die Hälfte ganz kleine. Dagegen hatten wir im Jahre 1925 2500 Industriekartelle, 400 für den Großhandel und 180 für den Einzelhandel, insgesamt also 3080. Dazu kommen dann noch die kartellmäßigen Bindungen durch die Innungen und sonstigen Preisconventionen.

Erst durch das Zurückfallen der Zahlungsmittel ist es möglich geworden, die Überhebung der Wirtschaft in Produktion und Handel einzudämmen. Dieser Prozeß geht jedoch noch nicht schnell genug vor sich. Je schneller die Überflüssigen, namentlich im Handel, ausgeschaltet werden, um so eher wird es möglich sein, die Wirtschaft zur Gesundung zu führen. Darum brauchen wir nicht zu behauern, wenn allmonatlich einige Tausend Unternehmungen stillfallen. Es ist ja auch nicht so, daß, wenn so oder soviel Unternehmungen eingehen, die Gesamtzahl der Unternehmungen um diese Zahl vermindert wird. Täglich entstehen neue Unternehmungen und die Verminderung geht nur sehr langsam vor sich.

Die Zahl der Zahlungsanstaltungen stieg im Dezember 1925 3048; davon waren 1660 Konkurse und 1388 Geschäftsaussichten. Im Januar waren 2092 Konkurse und 1558 Geschäftsaussichten zu verzeichnen, in der ersten Hälfte des Februar 1118 Konkurse und 896 Geschäftsaussichten. Die entsprechenden Zahlen für das Bekleidungs- und Textilgewerbe sind, wenn man die Zahlen für die erste Hälfte der Monate Januar und Februar gegenüberstellt, für Januar 57 Konkurse und 77 Geschäftsaussichten, für Februar 51 Konkurse und 73 Geschäftsaussichten.

Wir leben also, daß die Reinigungsstrife der Wirtschaft ihren Fortgang nimmt. Es wäre falsch, wollte man diese Entwicklung, unflüchtig aufhalten. Sind einmal die Produktions- und Handelsunternehmungen auf den natürlichen Stand zurückgeführt, so wird von selbst eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eintreten. Das Bestreben muß sein, alle in der Wirtschaft Lebenden überflüssigen, unproduktiven Kräfte herauszuheben und sie so schließlich zu zwingen, zu arbeiten und zwar produktiv, nutzbringend zu

arbeiten. Daß dabei Glieder der Wirtschaft, die in jahrzehntelanger Arbeit ihre Existenzberechtigung nachgewiesen haben, mit unter die Räder kommen, läßt sich in dem großen Reinigungsprozeß nicht vermeiden.

## Kurzarbeiterfürsorge und Bekleidungsindustrie.

Die Kurzarbeiterfürsorge, wie sie durch Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Februar 1926 eingeführt ist, ist auf halbem Wege stehen geblieben. Sie hat darum in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Unwillen hervorgerufen. Am tiefstschmerzhaftesten ist das Kleingewerbe betroffen, sowie die Berufe, wo Heimarbeit herrscht.

Alle Arbeitnehmer, die in Betrieben arbeiten wo in der Regel weniger als 10 Arbeitskräfte beschäftigt sind, sind vom Bezuge der Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen und ferner auch die Heimarbeiter im Bekleidungs- und Kleingewerbe. Man läßt diese Arbeitskräfte wohl Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zahlen, gibt ihnen jedoch kein Anrecht auf den Bezug der Unterstützung für Kurzarbeiter. Sie werden in Kostfällen auf die öffentliche Fürsorge verwiesen.

Das ist ein schreiendes Unrecht gegenüber den davon betroffenen Arbeitern. Man sage uns nicht, daß es nicht möglich sei, die Arbeiter der Kleinbetriebe und die Heimarbeiter zu kontrollieren. Warum sollte die Kontrolle in Kleinbetrieben nicht genau so gut möglich sein, als in Großbetrieben? Sind die Arbeiter dieser Betriebe etwa unehrlicher als andere? — Auch die Arbeit in der Heimarbeit läßt sich kontrollieren. Man schreibe die Führung von Lohnbüchern vor und dividiere die Lohnsummen, die darin aufgeführt sind, durch die in dem betreffenden Gewerbe üblichen Stundenlöhne, und die Kontrolle ist da. Vermutet man, daß ein Heimarbeiter für mehrere Firmen arbeitet, so verpflichte man ihn — wenn man will eidesstattlich — zu versichern, für welche Firmen er arbeitet. Gegen eine solche Kontrolle haben wir nichts einzuwenden. Wir wehren uns jedoch dagegen, daß man bei Inanspruchnahme der Kurzarbeiterunterstützung mit anderem Maße mißt, als bei der Beitragsleistung für die Erwerbslosenfürsorge. Was dem einen recht ist, muß für den anderen billig sein. Schwierigkeiten in der Frage sehen nur die Bureaukraten, nicht die Staatsbürger, die im wirtschaftlichen Leben stehen.

Die veranschaulichte eingeführte Kurzarbeiterunterstützung enthält auch sonst noch viele Mängel. Wir wollen jedoch nicht weiter darauf eingehen. Der Regierung werden jedenfalls in letzter Zeit so viel Wünsche dazu vorgegangen sein, daß es sich erübrigt, an dieser Stelle Worte darüber zu verlieren.

## Uniformlieferungsbranche.

Einigung in der Uniformlieferungsbranche.

Während in Nummer 3 und 4 unseres Verbandsorgans über die beiden ersten Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichsarbeitsgesetzes berichtet wurde, kann jetzt die Einigung der Parteien mitgeteilt werden. Die Abstimmung über das Ergebnis der Verhandlungen hat die beiderseitige Annahme gegeben. Nicht ohne erneute Schwierigkeiten von Arbeitgeberseite, wie wir noch berichten werden. Aber auch unsere Mitglieder haben sich aus schweren Dingen zur Annahme entschlossen. Auch sie hatten den Verhandlungsführern noch eine Reihe Wünsche und Punkte beizubringen gegen den Inhalt des vorliegenden Vertrages mit auf den Weg gegeben. Wir wollen es uns jetzt erlauben, auf die schwierigen Verhandlungen über den Einheitslohn und die noch strittigen Fragen des Montelvertrages näher einzugehen. Zur Kennzeichnung diene nur die Mitteilung, daß darüber 4 Tage verhandelt wurde und am letzten Tage die Sitzung erst nach 3.30 Uhr beendet werden konnte.

Bei den Arbeitgebern hatten die Arbeitgeber gleich zu Beginn der ersten Verhandlungen erklärt, daß sie den Tarif gelassen hätten, um einen wesentlichen Abzug vorzunehmen. Mit ebenso entschiedener Deutlichkeit sprachen sich die Arbeitnehmervertreter für die Unmöglichkeit solchen Abzuges aus. Erstwert wurde die Ein-

ation durch die Umgestaltung des Tarifes, wie es der Arbeitgeberverband verlangte. So konnten denn in vielen Fällen die Parteien sich nicht über die Anträge einigen und mußten die Unparteiischen oft einschreiten.

In enger Verbindung mit den Arbeitgebern stehen die Verhandlungs- und Tarifstellen. Im Laufe der Verhandlung zeigten sich immer erneute Schwierigkeiten, beide in Einklang bringen zu können. Beim Mantelvertrag waren die §§ 1 und 8, die den Wirkungsbereich des Tarifes und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen der Parteien abgrenzen sollen, sowie in § 18 die 30 Prozent, die als Grenze für Abbindeanträge gelten sollte, umstritten.

Den Betrag von 30 Prozent bezeichneten die Arbeitgeber als viel zu weitgehend. Entgegen den Argumenten der Arbeitnehmer für diesen Satz sprach sich das Schiedsgericht für Herabsetzung auf 25 Prozent aus.

In der Lohnfrage vertreten die Arbeitnehmer normalerweise die Forderung der Erhöhung der letzten Höhe. Die Unparteiischen fällten jedoch einen Schiedspruch, daß das alte Abkommen bis 31. August 28 weiter laufen sollte. Gatten wir schon bestimmt mit einer, wenn auch geringen Erhöhung der zu niedrigen Löhne gerechnet, so ist weiter neben der Ablehnung die lange Kaufzeit der alten Löhne bedauernd. Da in der Umgestaltung des Tarifes und in der Realisierung der Arbeitsszeiten vielfach den Forderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen wurde, hätte man in der Lohnfrage doch ein anderes Resultat erwarten dürfen.

Schließlich wurde durch Schiedsgericht noch eine neue Position ausgenommen: „Durchschnittliche Löhne mit Prüfsammler bei Aufstellung auf Grund von Versicherungsverträgen nur in Verarbeitung.“ Gegen diese Aufnahme hatten sich bisher die Arbeitnehmervertreter gewehrt, weil damit auf Umwegen der Waldrod Aufnahme finden soll.

Wir waren noch in der Abstimmung über das Gesamtergebnis begriffen, als aus der Verhandlungsleiter, Herr Runge am 11. d. M. zu einer Besprechung mit den Arbeitgebern lud. Diese hatten in ihrer Mitgliederversammlung am 10. zu dem neuen Tarif Stellung genommen und ihre Zustimmung abhängig gemacht von der Klärung verschiedener Punkte. Sie hatten deshalb Herrn Runge zu sich gebeten und ihre Wünsche vorgebracht. Zur Besprechung dieser Wünsche sollte die Zusammenkunft am 11. stattfinden.

In der Sitzung machte Herr Runge Mitteilung von dieser Sachlage, während die Arbeitgeber ihre Bedenken gegen einige Bestimmungen in den Verhandlungsprotokollen zum Ausdruck brachten. Sie erklärten, es handelte sich darum, die Verhandlungsprotokolle mit den Vorschriften der Kleiderkassen in Einklang zu bringen. Nach langen Aussprachen, bei denen die Arbeitnehmervertreter auch ihre bestehenden Wünsche noch einmal zum Ausdruck brachten, und besonders auf die Lohnfrage abhoben, wurde über einiges eine Einigung erzielt, während anderes unberücksichtigt bleiben mußte. In der Städtegruppe konnten Eigentum und Oppell noch um eine Städtegruppe gehoben werden.

Durch die heiderseitige Annahme des neuen Vertrages ist nunmehr der Tarifstreit für die Uniform-Branche beendet. Es läßt sich zur Stunde kaum ein richtiges Werturteil über die Auswirkung des neuen Tarifes fällen. Aber man kann wohl sagen, daß für die Arbeitnehmererschaft manches günstiger gestaltet worden wäre, wenn Organisationsverbände und Konjunktur ein besseres Gesicht zeigten. Wir müssen nun ausprobieren und zu anderer Zeit die Mängel auszugleichen suchen. Dringend notwendig ist ein gutes Einverständnis des neuen Tarifes und genaue Einhaltung seitens unserer Mitglieder.

Der neue Tarif befindet sich im Druck. Er tritt mit der Lohnwoche, in die der 5. April fällt, in Kraft.

### Sitzung des Reichsschiedsgerichts für die Maßbranche.

Am 21. Februar fand in Leipzig eine Sitzung des Reichsschiedsgerichts statt, in der einige grundsätzliche Streitfragen erledigt wurden. Infolge Raummangel können wir nur einen Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll geben.

Streitfall Solingen: Der Abw beantragte, zu entscheiden, daß die wegen Streit entlassenen Gehilfen ihren Urlaubanspruch verwirklicht haben. Der Streitfall entstand bereits im Jahre 1924. Es handelte sich damals um einen tarifwidrigen Streit. Als Folge davon wurden die in Frage kommenden Gehilfen entlassen. Das Urteil spricht aus, daß für die betreffenden Gehilfen ein Ferienanspruch nicht besteht.

Streitfall Düsseldorf: In Düsseldorf befehnd schon vor Ablauf des Reichstaries eine Vereinbarung, bezugslos an Oelmorbeiter eine Ferienvergütung gewährt wurde. Die Arbeitgeber bestritten die Rechtsgültigkeit dieser Vereinbarung, weil dieselbe schon vor Schaffung des Reichstaries getroffen wurde und die Bestimmungen des § 7 der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Absatz 2, nicht erfüllt sei, was nach Ratrträge zum Tarif erst nach Heberfeldung an die Hauptvorstände Gültigkeit erhalten. Urteil:

„Es wird abgelehnt, eine Entscheidung zu treffen, da die in Frage stehende Vereinbarung lediglich ein Abkommen darstellt, von welchem festzuhalten, daß es an die Hauptvorstände nicht überhandt worden ist, demzufolge, wie aus § 7, Ziffer 2, der Lohn- und Arbeitsbedingungen deutlich hervorgeht, der tarifliche Gültigkeit entbehrt.“

Streitfall Hamburg: Es handelt sich darum, ob Arbeitnehmer, die in wöchentlich Ründigung stehen, während der Ründigungswoche eine Fortführung der vordem geltenden Tätigkeit und deraus folgend eine Kürzung des Lohnes hinnehmen müssen. Die Frage wurde verneint. Urteil:

„Die in wöchentlich Ründigung stehenden Damenschneiderinnen sind nicht gehalten, während der Ründigungswoche eine Fortführung der Arbeitstätigkeit hinzunehmen.“

Streitfall Köln: Die Firma Geber u. Co. hatte mit dem Betriebsrat vereinbart, daß bis zum 31. Januar verfügt gearbeitet werden sollte und die Firma für die verbliebene Arbeitszeit sieben Viertel des tariflichen Stundenlohnes garantiert. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes hat die Firma nach dem 31. Januar den Garantielohn nicht mehr zur Auszahlung gebracht. Es wurde folgende Entscheidung gefaßt:

„Der Fall Geber u. Co. kann nicht entschieden werden, weil erst von der Gegenseite der Beweis angetreten werden muß, daß die Firma Geber u. Co. auch für die nach dem 31. Januar 1928 liegende Zeit eine Bezahlung des Garantielohnes gewährleistet hat.“

Wenige weitere Fälle wurden durch Vergleich erledigt. Festgestellt wurde jedoch noch, daß die Parteien darüber einig sind, daß zukünftig die schwebendste Ründigung eines Lohnabkommens eine Woche vor der Ründigung gegenseitig angezeigt werden soll.

### Tarifikündigung in der Elberfelder Wäschekonfektion.

Seit Mai 1919 war es in der Elberfelder Wäschekonfektion möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. In den Jahren 1920 bis 1924 waren fast 90 Prozent der Arbeiterinnen organisiert. Die Löhne in der Branche standen zeitweise gleich mit den Löhnen der Maschinenarbeiterinnen in der Wäschewascherei. Inzwischen ist schon eine erhebliche Spannungsangunst der Wäscheherstellerinnen eingetreten. Die Schuld daran tragen die Arbeiterinnen. Sie haben, so hoch infolge der häufigen Währungs nicht mehr fortwährend Lohnbewegungen geführt werden konnten, zum großen Teil der Organisation den Rücken gekehrt. Die Folgen hiervon machen sich bereits bemerkbar.

Der Arbeitgeberverband hat nunmehr den Tarifvertrag gekündigt. Er fordert Abbau der Lohnsätze für Beschäftigte und Abbau der Ferienbezahlung. Ein Teil der Arbeiterinnen hat jedoch erklärt, daß es doch wohl nicht ohne Organisation geht. Ob sie nicht doch alle zur Einsicht kommen? — Die von uns und zwecks Stellungnahme zu der Tarifkündigung einberufene Versammlung war gut besucht. Das gibt uns die Hoffnung, dem Ansinnen der Arbeitgeber den nötigen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Es sind von uns Verbesserungsvorschläge zum jetzigen Tarif gestellt worden. Erfolg versprechen wir uns davon jedoch nur dann, wenn wir uns bei den Verhandlungen auf eine gute Organisation stützen können.

Arbeiterinnen! Wacht endlich auf! Hört mit der Gleichgültigkeit! Nur durch geschlossene Selbsthilfe in der Organisation werdet ihr stark. Beharrt ihr aber in der bisherigen Schlafmüdigkeit, so wundert euch nicht, wenn eure Berufsverhältnisse noch schlechter werden. Geht dann aber nicht dem Verbanke die Schuld. An euch allein liegt es, wie sich eure Lebensverhältnisse gestalten.

### Ortsgruppenberichte.

Bielefeld. Am 23. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Die Berichte wurden vom Kollegen Oveselt erstattet. Aus denselben war zu entnehmen, daß es im letzten Jahre möglich war, in den Branchen der Arbeiterkonfektion und der Herren- und Damenmäße die Zeitlöhne um 11 bis 15 Prozent zu erhöhen, die Akkordlöhne um 6 bis 15 Prozent. In der Arbeiterkonfektion wurde ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen, der eine wesentlich bessere Arbeitsregelung und Ferienfestsetzung brachte.

Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise im Herbst des Jahres glaubten die Arbeitgeber, die Zeit dafür den ihnen zu müssen, um einen Lohnabbau vorzunehmen. Sie kündigten in allen Branchen die Lohnsätze und beantragten, die Löhne um 10 bis 15 Prozent zu verkürzen. Der Vorstoß der Arbeitgeber konnte im großen und ganzen abgewehrt werden. In der Wäscheherstellung haben wir die Zeitlöhne halten können, während die Akkordlöhne eine kleine Senkung erfahren. In der Arbeiterkonfektion ist es leider noch nicht wieder zu einem Abschluß eines Lohnabkommens gekommen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Nach Erledigung der Wahlen berief die Kollegin Oveselt noch über ein Zentralkomitee vorzunehmende Klärung herbeizuführen. Die Besprechungen wurden sehr belebend und nach etliche allgemeine Fragen über die im Schlusssatz erwähnte Kollegin Oveselt, die hierüber, auch im kommenden Geschäftsjahr, tätig sein für die Ausbreitung des Verbandes und innere Festigung zu arbeiten, damit der immer mehr in der Lage sei, die Belange der Arbeiter zu wahren.

München. Unsere Ortsgruppe hielt am 23. Februar ihre Generalversammlung ab. Im Bericht behandelte Kollegin Seibold die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich im Jahre 1928 abgezeichnet haben. Er führte dann auch neben den zentralen Lohnverhandlungen für die gesamte Textilindustrie 36 Termine wahrzunehmen. Die Löhne konnten in fast allen Sparten verbessert werden. Selbstverständlich darüber interessierten wir uns sehr.

Auch die sonstige Interessenvertretung der Arbeiter erforderte viel Arbeit. Es waren zu den verschiedenen 21 Fälle, Gewerbegerichtsbeschwerden, Wohnungssachen 3, Beschwerden gegen die 13, sonstige Rechtsfälle 18 Fälle, allen Fällen erzielten die Mitglieder der Ortsgruppe durch die Führung der Verhandlungen in der Regel zu verzeichnen. In 12 Mitglieder, die in den vergangenen Wochen an der Ortsgruppe teilgenommen haben, wurde die Teilnahme mit gutem Erfolg abgeschlossen und Christen wurden den Mitgliedern lobenswerten Verdienste gestellt.

Der Mitgliederzugang betrug 417, der 432. Unter Berücksichtigung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und der damit verbundenen Schwankung des Mitgliederbestandes, insbesondere der weiblichen Mitglieder, kann der Mitgliederzuwachs als befriedigend bezeichnet werden.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme von zwei Mitgliedern, für die Ersatzleute gewählt wurden. Mitarbeiter wurde der Dank der Ortsgruppe ausgesprochen. Kollegin Damer überbrachte die Beschlüsse der Ortsgruppe und wurde für ihre Verdienste und ihre Tätigkeit bei der Ortsgruppe noch kurz über gewerkschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse. Dann berichtete Kollegin Kuhn über den Verlauf der achtjährigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Dem Schiedspruch des Reichsschiedsgerichts wurde zugestimmt.

Die Versammlung erhielt einen wichtigen durch das einstellige Ergebnis, auch für die im Sinne unserer christlichen Gewerkschaftlichen Förderung der Interessen der Arbeitnehmerinnen Beschäftigung zu wirken.

Duben. (Gitarbeiter.) Unsere Monatsversammlung am 12. März beschäftigte sich mit Fragen der Arbeitslosigkeit, Gewerkschaften und Kautarbeiterinnen. Die Punkte trafen eine lebhaftige Aussprache. Weiter wurde unser Verbandorgan besprochen wurde gewünscht, daß die Verhandlungen in den betroffenen Branchen durchgeführt werden.

Unsere nächste Versammlung findet am 9. April, abends 7.30 Uhr. Da u. a. die Wahl zum ersten Quartier zur Lagerordnung und wahlberechtigte Teilnahme aller Mitglieder Pflicht.

### Beitragszahlung.

Es werden eingezahlt für die Monate März bis 1. April der 14. Woche vom 1. April bis 15. April der 15. Beitrag.

Die Abrechnungsformulare des 1. Quartals sind versandt. Sollten dieselben einer Ortsgruppe nicht angekommen sein, bitten wir, sofort die Hauptverwaltung in nachrichtigen.

### Gedentafel.

Es starben unsere treuen Mitglieder: Eduard Debra, Hagen. Engelbert Schreier, Köln. Clemens Dini, Köln.

Esche ihrem Andenken!